esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
- interesse - interesse - interesse - interesse
nteresse - interesse
teresse - interesse
ere

INTERESSE

2017/2

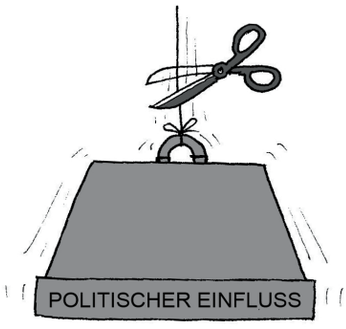
Soziale Information Nr. 2

Herausgegeben vom
Sozialreferat der Diözese Linz

Kein Mut zur Meinungsfreiheit

Autoritäre und anti-demokratische Tendenzen in unserer Gesellschaft erstarken. Noch gibt es alle Möglichkeiten, ihnen Einhalt zu gebieten. Nur Mut (fehlt)!

Von Thomas Rammerstorfer



Am 1. März 2017 durfte ich den „Politischen Aschermittwoch" der „Welser Initiative gegen Faschismus", deren stellvertretender Vorsitzender ich bin, moderieren. Zu Gast war Paul Lendvai. Lendvai hat sein Leben dem Kampf für die Demokratie gewidmet. Ein Leben, das schon früh hätte enden können. Als ungarischer Jude entkam er nur knapp den Vernichtungslagern der Nazis. In den 1950ern inhaftierten ihn die „Realsozialisten", die im Osten Europas die Macht übernommen hatten. Er floh nach Österreich, wurde hier einer der bedeutendsten und glaubwürdigsten journalistischen Er- und Aufklärer und widmet sich heute, im 88. Lebensjahr, dem Kampf gegen die neuen Autokraten vom Schlage eines Viktor Orbán.

Die Anti-Demokraten etablieren sich heute schleichend, erklärt er beim gemeinsamen Abendessen; nicht mit dem Holzhammer, sondern mit der feinen Klinge wird Stück für Stück die Demokratie weggesäbelt, ausgehöhlt. Ein Quäntchen Pressefreiheit hier weg, eine Portion Demonstrationsrecht da weg: so geht das. Herzstück einer autoritären Umformung der Gesellschaft muss natürlich die Kontrolle des Bildungswesens sein. Die Jugend soll nach dem Willen der Herrschenden geformt werden.

Eine Woche später wusste ich sehr genau, was Paul Lendvai meinte.

Die Meinungsfreiheit, die sie meinen

Ich war nach vier oder fünf Jahren wieder mal eingeladen, an einer oberösterreichischen Schule zu referieren. Warum solche Anlässe so selten vorkommen, darüber kann ich nur mutmaßen. Anfragen interessierter LehrerInnen gab's in diesem Zeitraum nämlich einige, wahrscheinlich zwei Dutzend. Doch der Kontakt wurde dann immer wieder abgebrochen, und wo ich nachfragte, bekam ich mehr oder weniger kryptische Andeutungen zu hören: Der Direktor traue sich nicht drüber, der Inspektor wolle das nicht etc. Auseinandersetzungen mit Extremismus im Allgemeinen, mit Rechtsextremismus im Speziellen waren und sind nicht erwünscht. Mit dem „Dritten Reich" darf man sich beschäftigen, das geht mittlerweile (in meiner Schulzeit war auch das noch kaum möglich), aber doch bitte nicht mit aktuellen Phänomenen. Hier haben wir das erste, wohl am meisten verbreitete Problem: Man lässt sensible, politisch heikle, den Machthabern des Schulsystems vielleicht gegen den Strich gehende Themen im Schulunterricht aus. Das passiert viel, viel öfter und unbemerkter, als dass Veranstaltungen tatsächlich abgebrochen werden.

Wie dem auch sei. Der Hartnäckigkeit einiger LehrerInnen ist es zu verdanken, dass mein Vortrag am BORG in der Linzer Honauerstraße stattfinden konnte. Im Bewusstsein des heiklen Terrains trat ich besonders brav auf: keine Polemik, keine Scherzchen, brav erwähnte ich jede Form autoritärer Tendenzen in unserer Gesellschaft, vom

Interesse 02_2017.indd 1 03.05.2017 16:14:42

Kein Mut zur Meinungsfreiheit

Fortsetzung von Seite 1

Stalinismus zum Monarchismus bis hin zur Sektenszene. Schwerpunkt waren aber, ihrer derzeitigen großen Bedeutung geschuldet, nationalistische und religiöse ExtremistInnen. Der Rest der Geschichte ist wohl bekannt, in Kürze: Die Veranstaltung wurde – während der Diskussion mit den SchülerInnen, der eigentliche Vortrag war bereits vorbei – wegen der telefonischen Intervention von FPÖ-Politikern, u. a. des Nationalrates Roman Haider, dessen Sohn die Schule bzw. die Veranstaltung besuchte, abgebrochen.

Wie man jemanden mundtot macht

Die nächsten Wochen zeigten mir auf unterschiedliche Art und Weise, wie versucht wird, die Meinungsfreiheit einzuschränken bzw. Personen mit kritischen Meinungen einzuschüchtern und mundtot zu machen. In den ersten Tagen konzentrierte man sich auf den Vortrag an sich. Dieser wäre parteilich, unausgewogen, ja verhetzend gewesen. FPÖ-PolitikerInnen von Strache abwärts widmeten sich der Sache. Schließlich stellten die OÖN den kompletten Vortrag online, die Vorwürfe erwiesen sich als haltlos. Nun nahm man meine Person mehr und mehr ins Visier. Ich sei Linksextremist, „selbsternannter" Extremismusexperte oder „Grün-Kommunist". Letzteres argumentierte man u. a. damit, dass ich auf Facebook eine (unschwer als solche zu erkennende) Satire-Seite namens „Linz muss Pjöngjang werden" „likte". Es trafen jetzt die ersten Schimpf- und Droh-Mails ein. Die FPÖ stellte Anfragen zu meiner Person, im Parlament ebenso wie im Linzer Gemeinderat.

Die erste Klage traf 13 Tage nach dem Vortrag ein. Ein FPÖ-naher Unternehmer möchte mich wegen einer mutmaßlichen Verletzung der Impressumspflicht auf meiner Homepage bestraft wissen (Klagswert: 35.000 Euro). Die Strategie der Rechten schien nun: In der Sache können wir ihm zwar nicht an, jetzt versuchen wir ihm halt irgendwas anzuhängen, irgendwie zu schädigen, irgendwie zumindest zu belästigen. Dazu eignen sich Klagen bestens, auch wenn sie – wie auch in dem konkreten Fall – wenig Aussicht auf Erfolg haben. Klagen kosten, selbst wenn man sie gewinnt oder vergleicht, viel Zeit, viel Sorgen, meistens auch Geld.

An einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit meinen Thesen und Meinungen war dem rechten Drittel des Landes nicht gelegen. Der politische Gegner, ob eine einzelne Person oder eine Gruppe, soll nicht überzeugt oder in seiner Meinung beeinflusst werden, er soll diffamiert werden. Wie macht man das? Zum Beispiel indem man ihn unterschwellig als arbeitsscheu, als Sozialschmarotzer, Faulpelz etc. hinstellt. So schreibt die Linzer FPÖ-Zeitung, der Vortrag sei „wahrscheinlich eine von wenigen Gelegenheiten", wo ich „nicht direkt von Steuergeld lebe". Dass ich seit meinem 15. Lebensjahr arbeiten gehe und es im Gegenteil die FPÖ-PolitikerInnen sind, die von Steuergeld leben, wird nicht erwähnt. Weiter heißt es, ich sei Vorsitzender eines Vereines, dessen Mitglieder „vermummt und randalierend durch die Stadt ziehen". Was damit genau gemeint ist, weiß ich nicht; der Autor wird es mir aber demnächst vor Gericht erklären dürfen. Auch meine Interpretation von Meinungsfreiheit ist nämlich keine grenzenlose.

Die Feigheit, die ich meine

Eine Untersuchung des Schulinspektors inklusive einer Befragung von LehrerInnen und SchülerInnen ergab indessen, dass es an meinem Vortrag nichts auszusetzen gab. Auf Vorschläge meinerseits, ich könne die Veranstaltung gerne wiederholen oder auch gerne mit den FPÖ-Politikern diskutieren, die ja anscheinend so mitteilungsbedürftig sind, wurde nicht eingegangen. Auch das – für mich rundum positive – Ergebnis der Untersuchung wurde nicht öffentlich korrespondiert. In der ganzen Causa fanden es weder der Direktor noch der Landesschulratspräsident noch der Schulinspektor notwendig, mit mir Kontakt aufzunehmen. Ich stand öffentlich am Pranger, die Verantwortlichen duckten sich weg. Von vielen LehrerInnen aus ganz Österreich bekam ich solidarische Zuschriften. Einige SchülerInnen entschuldigten sich für das Verhalten ihres Direktors, das fand ich fast rührend. Ich bekam auch einige Einladungen, doch an ihrer Schule zu referieren. Solche Anfragen finde ich mittlerweile eher amüsant; ich weiß, dass die Veranstaltungen nicht zu Stande kommen, spätestens auf Direktoratsebene ist Ende im Gelände. So auch in diesen konkreten Fällen. Was sagt das über den Zustand der Meinungsfreiheit aus?

Meinungsfreiheit auf dem Papier

Sie existiert. Auf dem Papier. Und mehr als das: Es gibt laut Schulunterrichtsgesetz sogar eine Verpflichtung, Kinder und Jugendliche über Rechtsextremismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus etc. aufzuklären, auch und gerade mit Unterstützung externer Vortragender. Das Recht auf Meinungsfreiheit wird aber immer weniger genutzt. Es verkümmert, es verwelkt; es wird von der Angst gefressen. Angst vor beruflichen Nachteilen, Angst davor selbst Opfer von Hetzkampagnen oder Shitstorms der FPÖ und ihrer publizistischen Wurmfortsätze zu werden (ist nicht so schlimm, man gewöhnt sich dran). Diese Angst gilt es zu überwinden, je mehr Menschen dies tun, desto irrelevanter wird sie. Zivilcourage muss nicht nur ein Thema von faden Sonntagsreden sein; gerade PädagogInnen sollten sie ihrer Vorbildwirkung wegen auch tatsächlich anwenden. Können. Müssen. Noch haben wir die Wahl.

Thomas Rammerstorfer ist freier Journalist und lebt in Wels. Er schreibt und referiert zu den Themenkreisen Extremismus, Jugendkulturen und Migration: www.thomasrammerstorfer.at

Interesse 02_2017.indd 2 03.05.2017 16:14:42

AngstbürgerIn oder WeltbürgerIn?

Dass die Welt in einer Phase der Transformation ist, scheint offenkundig. Wie wir darauf reagieren, liegt aber in unserer Hand.

Dr.in Christine Haiden
Chefredakteurin, **Welt*der*Frau**

Wer wie ich in den 1960er Jahren geboren wurde, ist mit einigen Gewissheiten groß geworden, eine war die der quasi natürlichen Überlegenheit der westlich-europäischen Welt gegenüber dem Rest des Globus. Von diesem Weltbild müssen wir uns längst verabschieden, tun es aber nur ungern. Spätestens seit die 100.000en Flüchtlinge 2015 zu uns kamen und wir verwundert deren Handys sahen, wissen wir: Sie sind wie wir. Nicht nur, dass wir an ihrer Stelle vermutlich ebenso versuchen würden, unser Heil in einem friedlicheren Teil der Welt zu suchen, sie haben denselben Zugang zu Informationen wie wir. Lange waren wir gewohnt, vieles über „die Armen" in anderen Ländern zu wissen und davon auszugehen, dass das umgekehrt nicht so war.

Aber die Digitalisierung macht uns alle gleich. Wer ein Smartphone und die damit möglichen Applikationen besitzt, kann zu jeder Zeit mit jedem Menschen an jedem Ort dieser Erde in Echtzeit reden oder sich unzählige Informationen über Länder, Menschen und Gesetze besorgen.

Die Digitalisierung macht unsere Welt zu einem Dorf

Und sie verändert unser Menschenbild nachhaltig. Wir erleben, dass wir im Kern unseres Menschseins und unserer Interessen alle gleich sind. Die Welt ist so groß und so klein gleichzeitig, dass nicht mehr nur die mobilen Menschen des globalen Westens die Welt als ihren Möglichkeitsraum sehen, sondern auch die Menschen des Südens. Das stellt uns im Westen vor neue Herausforderungen. Was wir als Menschenrechte stolz schon immer vor uns hergetragen haben, wird neu hinterfragt. Mit welchem Recht können wir das Pech eines falschen Geburtsortes als naturgegebene Einschränkung der Lebensmöglichkeiten anderer argumentieren? Wir müssen damit rechnen, dass Menschen migrieren werden, um ein besseres Leben zu haben, dass sie die Welt wie wir als großen gemeinsamen Lebensraum sehen. Das wird, möglicherweise durch einen massiven Klimawandel zusätzlich befeuert, noch zu einigen Konflikten weltweit führen.

Auf diese Entwicklungen reagieren gar nicht so wenige in unseren Breiten mit Angst. Diese lässt sich leicht schüren, denn Lösungen der großen Fragen sind tatsächlich noch nicht erkennbar. Daher feiern die AngstbürgerInnen zusammen mit ihren politischen VerführerInnen vergangene Herrlichkeiten als Lösung. Der Nationalismus, der ein Grund vieler Kriege war, wird beschworen, die Lederhose aus dem Kasten geholt und das Feindbild der Andersgläubigen gepflegt. Dass in nationaler Kleinkrämerei nicht die Lösung globaler Fragen liegen kann, liegt logisch auf der Hand. Statt die Fakten zu analysieren und die politische Fantasie zu bemühen, scheint sie aber einfacher und findet mehr Zustimmung. Auch wenn das Gegenteil viel überzeugender ist.

Das Konzept der WeltbürgerInnen, angedacht vom Philosophen Immanuel Kant, intensiv diskutiert in der Friedensbewegung des 19. Jahrhunderts, scheint heute plausibler denn je. Wenn viele Fragen wie Klimawandel, Wirtschaftsweise, Konfliktlösungen global sind, braucht es dazu passende politische Strukturen. Derzeit erleben wir ein Quasi-Feudalsystem, das an das 19. Jahrhundert erinnert. Internationale Wirtschaftskonzerne agieren nahezu unkontrolliert, große politische Player spielen ihre Interessen wie im syrischen Bürgerkrieg mit zynischem Kalkül aus. Die globalen politischen Strukturen kümmern dahin, werden finanziell und ideell ausgehungert. Es fehlen global agierende Persönlichkeiten, die für globale Ziele stehen. Dabei fehlt der Welt gerade das: die Vorstellung, wofür es sich lohnt, sich zu engagieren.

Mutig groß denken

Man könnte auch sagen, wofür es sich lohnt, die Idee, WeltbürgerIn zu sein, für das eigene Leben zu übernehmen. Dabei liegen diese Ziele ganz nahe: Die Menschenrechte für alle acht, neun, zehn Milliarden Menschen umzusetzen. Ein gutes Leben für alle Menschen. Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit. Das sind ungeheuer große Ziele, aber wenn wir davon ausgehen, dass sich diese unglaubliche Zahl an Menschen jeweils als Bürgerin und Bürger auch für das gemeinsame Ganze verantwortlich fühlt, kommt eine Dynamik ins Spiel, die faszinierend sein kann. Dann hängt es eben von jeder und jedem an jedem Platz dieser Erde ab, etwas dazu beizutragen, aber auch sich für die jeweils anderen einzusetzen und an der Entwicklung von tragfähigen politischen Strukturen für diese große, kleine Welt zu arbeiten.

Dem können wir uns im Westen ohne Angst stellen, denn wir haben für die Entwicklung der Welt zu einem besseren Ort für alle viel beizusteuern. Wir haben gelernt, demokratische Strukturen zu bauen, wir können in komplexen Systemen wirtschaften und Wissen verknüpfen, wir haben gelernt, Minderheiten zu achten, religiöse Einstellungen zu respektieren und wir wissen, dass nur eine offene Gesellschaft innovativ ist und Freiheit gewährleistet.

Um das große Ziel zu erreichen, sind viele kleine Schritte nötig. Statt uns mit dem Beharren auf unserer Angst vor der Verantwortung zu drücken, sollten wir einfach anfangen, das Ziel anzusteuern – auch wenn wir noch nicht genau wissen, wie wir es erreichen werden.

Interesse 02_2017.indd 3 03.05.2017 16:14:42

Christlich geht anders

Solidarische Antworten auf die soziale Frage

Katholische, evangelische und orthodoxe ChristInnen in Österreich haben unter dem Titel „Christlich geht anders. Solidarische Antworten auf die soziale Frage" gemeinsam Stellung bezogen, insbesondere zur gesellschaftlichen Polarisierung und zu den bedrückendsten Problemen unserer Zeit.

Markus Blümel
Politischer Erwachsenenbildner, Solidarökonom und Öffentlichkeitsarbeiter bei der ksoe

Der Hintergrund: Besonders die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat einen Prozess in Gang gesetzt, der steigenden Reichtum einer kleinen Oberschicht und zunehmende Armut wie auch Unsicherheit in einem wachsenden Teil der Bevölkerung erzeugt. Er ruft Hoffnungslosigkeit und Wut hervor bei immer mehr Menschen, die sich um ihre Chancen und die ihrer Kinder gebracht fühlen und – oft auch zu Recht – finden, dass sie „zu kurz kommen".

Politische Parteien und Bewegungen des rechten bzw. rechtsextremen Spektrums sind im Vormarsch, welche diese Gefühle gezielt ansprechen und verstärken sowie Angst und Wut auf „Sündenböcke" lenken: auf „die" Flüchtlinge oder „die" Muslime. Auch innerhalb anderer Parteien werden jene Kräfte stärker, welche die Lösung in der Anpassung an rechtsautoritäre Einstellungen und Praktiken suchen. Auf dem Spiel steht nichts weniger als der menschenrechtliche Grundkonsens (gleichzeitig ein zentraler christlicher Wert): Alle Menschen haben die gleiche Würde.

Missbrauch des Christlichen

Indes haben die letzten Wahlkämpfe gezeigt, dass christliche Werte und Symbole immer wieder für Parteipolitik missbraucht werden: Aus der christlichen Nächstenliebe werden gegenteilige Botschaften. Der Begriff „Christliches Abendland" transportiert eine ablehnende Haltung gegenüber MuslimInnen. Aktuell nährt etwa der österreichische Außenminister alte Ressentiments gegenüber „den" Türken, er sprach jüngst im Radio von türkischen BürgerInnen als „Kulturfremden", und streicht gleichzeitig in der Öffentlichkeit sein Christsein hervor. Verteidigungsminister Doskozil wiederum spricht in einer Nachrichtensendung nicht mehr von Flüchtlingen, also von Menschen und ihrer Not, sondern durchgängig nur mehr von „Zahlen".

Polemik gegen die Schwachen

Die Verrohung der Sprache, verstärkte Konzentration auf nationale Sicherheitspolitik, auf Abschottung gegenüber den Menschen aus den Ländern des Südens, die Kürzung sozialstaatlicher Leistungen für arme und schutzbedürftige Menschen gehen einher mit einem sich aufheizenden Klima der Konkurrenz, der (gruppenspezifischen) Menschenfeindlichkeit und einer an (angeblichen!) „Sachzwängen" ausgerichteten Politik. Wer in dieser Welt „nichts leistet", „nichts eingezahlt" hat, wer „unproduktiv" ist, wird systematisch herabgewürdigt. In Politik gegossen bedeutet das die Kürzung der Mindestsicherung, „Null-Euro"-Jobs etc. Mit existenziellen Folgen nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für andere betroffene Gruppen wie etwa Menschen mit Behinderungen – angeblich, weil das die Gerechtigkeit so fordert. In Wirklichkeit werden Menschen und ihre Existenzen geopfert.

Der Initiative „Christlich geht anders. Solidarische Antworten auf die soziale Frage" geht es darum, den „sozialen Grundwasserspiegel" zu heben. Im Entstehen ist eine soziale Bewegung, die aus den christlichen Kirchen kommt, aber darüber hinausgehen soll, und deren Anliegen die soziale Erneuerung der Herzen, des Denkens und wie auch der Politik ist. Dies wird nicht friktionsfrei ablaufen. Ablenkungs- und Täuschungsmanöver von Seiten politischer AkteurInnen werden die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre bestimmen: Zentrale humanitäre und christliche Werte werden im Wort geführt, faktisch laufend ausgehöhlt werden. Die „MacherInnen" sitzen in den verschiedensten politischen Parteien, genauso wie es auch Verbündete quer durch die Parteien gibt. Auseinandersetzungen wie um die Kürzung der Mindestsicherung werden uns zunehmend beschäftigen.

Bündnis für mehr Gerechtigkeit

Gefragt ist ein wachsendes Bündnis engagierter BürgerInnen – gerade auch von ChristInnen –, die auf solidarische Lösungen, einen aktiven Sozialstaat, gerechte Steuerpolitik und damit auf echte Lösungen für die soziale Frage von heute pochen, die Aufklärungsarbeit leisten und mit Entschiedenheit auf rote Linien im politischen Gespräch und in den politischen Entscheidungen aufmerksam machen.

Auch wenn nicht alle Lösungen schon zur Hand sind: es braucht den Dialog und den Willen, gemeinsam danach zu streben, dass ein gutes Leben für alle Realität wird. An den Voraussetzungen mangelt es nicht – allein in Österreich wird jährlich mehr gesellschaftlicher Reichtum erzeugt und vererbt als je zuvor.

Jetzt sind viele MutmacherInnen und WandlerInnen gefragt, die Teil dieser Initiative werden, beginnend an der Basis: u.a. in den (Pfarr-)Gemeinden, Dekanaten, in den zahlreichen (sozialen) Initiativen.

Interesse 02_2017.indd 4 03.05.2017 16:14:42

CHRISTLICH geht anders

SOLIDARISCHE ANTWORTEN AUF DIE SOZIALE FRAGE

Wer sich auf den christlichen Gott beruft und dabei auf den Nächsten vergisst, verkehrt die christliche Botschaft in ihr Gegenteil.

Christlicher Glaube macht Mut und Hoffnung. Wer Ängste schürt und Menschen gegeneinander ausspielt, zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

ChristInnen sind solidarisch mit den Schwachen. Die Liebe zu Gott ist untrennbar mit der Sorge um die Armen verbunden. Wie wir den Geringsten einer Gesellschaft begegnen, so begegnen wir Gott selbst (Mt. 25,40). Wer Arme bekämpft, bekämpft das Christentum.

Kirchen fordern einen aktiven Sozialstaat. Ein Sozialstaat ist organisierte Solidarität. Gegenseitig schützen wir uns so vor den Grundrisiken des Lebens: Erwerbslosigkeit, Prekarisierung, Armut und Not. Angriffe auf den Sozialstaat sind immer auch Angriffe auf uns alle, verstärkt aber auf jene, die einen starken Sozialstaat besonders brauchen.

Ein gerechtes und soziales Steuersystem ist im Sinne der Kirchen. Wir lehnen daher eine Steuerpolitik ab, die viele übermäßig belastet, Vermögen und hohe Einkommen aber schont.

Als ChristInnen fordern wir ein Gutes Leben für alle in Frieden und sozialer Gerechtigkeit.
Dafür bilden wir ein wachsendes Bündnis von engagierten ChristInnen gemeinsam mit anderen, gerade auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Bitte jetzt unterschreiben unter: www.christlichgehtanders.at

Wiederholt sich die Geschichte?

Bericht von der Gesellschaftspolitischen Tagung 2017 in Puchberg

Wenn Dr.in Brigitte Kepplinger auf die Geschehnisse und Entwicklungen der Politik der 1920 in Europa blickt, zeigen sich ihr ähnliche Problemzonen wie heute: dass die Demokratie und der Parlamentarismus an Ansehen verlieren, verächtlich gemacht werden und behindert; dass „Parteienherrschaft" postuliert wird, dass als wahre Demokratie nur die direkte Demokratie gelte. Wie in den 1930ern steigt die Akzeptanz für autoritäre Lösungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, auch wenn es uns heute besser geht.

Nach dem Schock des Zweiten Weltkrieges wurden verschiedene Strategien entwickelt, um ein solches neues Unglück zu vermeiden: etwa die Stabilisierung der Wirtschaft, eine Einhegung des Finanzkapitalismus, Vollbeschäftigung, hohes Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit, die Gründung der Vereinten Nationen und der EU sowie die Erklärung der Menschenrechte.

Die 70er-Jahre brachten jedoch eine Trendumkehr und vieles, was nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Stabilisierung gemacht wurde, wurde bekämpft: 1973 kam es zur Abkehr von Bretton Woods, und als ökonomische Gegenoffensive wurde der Neoliberalismus propagiert.

Zur Zeit begegnen uns erneut erstarkende rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, Nationalismus und ein radikales In-Frage-stellen des Parlamentarismus.

Heute nehmen die sozialen Medien eine zentrale Rolle ein, dort wird zum einen die eigene Meinung gefestigt, weil man sich oftmals in eine sogenannten Blase aufhält, und zum anderen ist eine Verbreitung schnell und in großem Maße möglich. Politik per Twitter wird von vielen PolitikerInnen als „Methode direkter Demokratie" verstanden und damit gerechtfertigt, dass man die „Lügenpresse" bekämpfen muss.

In drei Gruppen ging es am Nachmittag um Fragen des Gegensteuerns: der Ruf nach mehr politische Bildung, mit welchen demokratischen Mitteln Populisten gestoppt werden können, welche kreativen Strategien eingesetzt werden können, und wie man sich Medienkompetenz für die sozialen Medien, fürs Internet aneignen kann.

Der Unmenschlichkeit müssen und können wir entgegentreten, im Kleinen und im Großen.

Interesse 02_2017.indd 5 03.05.2017 16:14:42

Sozialmoralische Produktivkräfte

Die Kirchen auf dem Weg zur „Sozialreligion“?

Es sind nicht eigentlich die Kirchenaustritte, die die Kirchen neu nach ihrer Rolle in der Gesellschaft fragen lassen. Es ist eine Entwicklung, die sie ins Herz trifft: die immer weiter nachlassende Plausibilität religiöser Kommunikation. Der Austausch unter Menschen über religiöse Themen findet immer seltener statt. Was kann getan werden?

Prof. Dr. Gerhard Wegner
Institutsdirektor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover

Religion und gutes Leben

Hinter dem Verblassen von Religion im Alltag steht etwas Generelleres: das Aufsaugen der Sinnstiftungspotenziale von Religion und Kirche durch eine „symbolische Ökonomie“ – oder gar, wie es jetzt bisweilen bezeichnet wird: einen „transzendenten Kapitalismus“. Es ist die massenhafte Teilhabe am Konsum, die Sinn stiftet – bzw. den Bedarf nach Sinn einfach absorbiert. „Indem das Marketing aus Waren Zeichenwerte und aus abstrakten Märkten konkrete Gelegenheiten der Reproduktion sozialer Beziehungen macht, greift die Wirtschaft direkt in den sozialen und kulturellen Prozess ein und macht die Gesellschaft nicht nur mit Hilfe der Produktion, sondern auch mit Hilfe des Konsums zu einem ‚Anhängsel des Marktes‘.“ So stellt es Jochen Hirschle fest.

Nun muss die Plausibilität und die Sinnhaftigkeit religiöser Kommunikation für die Stiftung von gutem Leben und gerechter Gesellschaft wieder deutlicher gemacht werden. Zeigen sollen wir auch das Engagement der ChristInnen für die Gesellschaft, um ihrem Abdrängen in gesellschaftliche Ecken kontern zu können.

In faszinierender Weise hat Paul Nolte in seinem Buch „Religion und Bürgergesellschaft“ mehrere Dimensionen religiöser Ressourcen herausgearbeitet. Er weist auf die enorme Zahl von Aktiven in Projekten und Initiativen hin, die nicht nur für die Kirche einen immensen Schatz darstellen, sondern ein Bereicherung für die gesamte, gerade auch die säkulare Gesellschaft. Die Bürgergesellschaft benötigt individuelle AkteurInnen, die sich durch persönliche Stärke, eine aktivistische Lebenshaltung und die Fähigkeit zu moralischer Empathie auszeichnen. Christliche Religion stellt der Bürgergesellschaft eine Sprache zur Verfügung, „mit deren Hilfe sie sich über elementare Fragen der gesellschaftlichen Orientierung verständigen kann.“ Religion und Kirche bieten einen Ort, aus dem die Verteidigung sozial-moralischer Logiken gegenüber Markt und Staat erfolgen kann.

Potenziale der Kirchengemeinden

Die Kirche findet durchaus Anerkennung, wenn sie für einen anderen Umgang mit Ressourcen und Geld, für eine Art moralischer Ökonomie einsteht, selbst wenn es ihr oft genug nicht gelingt, diesen Anspruch in den eigenen Bereichen überzeugend zu realisieren. Solange sie entsprechende Differenzen nicht vertuscht und Widersprüchlichkeiten offen diskutiert, ist vieles möglich.

Und eins zeigt sich immer wieder: In der Kirche sammeln sich für Projekte gerne Menschen, die einen „Überschuss“ aufweisen, begeistert sind. Da ist in den letzten 10 bis 15 Jahren eine wahrhaftige neue Bewegung entstanden: die Gospelchöre. Die Freude am gemeinsamen Singen vereint die Menschen und bekommt mit der Zeit einen Mehrwert. Und dann gibt es die „Tafeln“, die unter großer Beteiligung von Kirchengemeinden allüberall in Deutschland entstanden sind. Die Tafelbewegung ist eine der größten Sozialbewegungen der letzten Zeit – von BürgerInnen für BürgerInnen. Und dann all das viele, was sich alltäglich in Kirchengemeinden tut – wenn man die Leute auch machen lässt. So stellen die gut 25.000 Kirchengemeinden in Deutschland bedeutende Plattformen für gesellschaftliches Engagement dar.

Burning Persons

Wenn eine Organisation an Bedeutung verliert, dann gibt es drei Verhaltensoptionen. Das eine ist die Option derjenigen, die die Kirche verlassen. Die zweite große Gruppe sind die Loyalen, die weiterhin bei der Kirche bleiben und sich an ihr meist passiv beteiligen. Beide Gruppen tragen zum Umsteuern kaum etwas bei. Bleibt nur die dritte Gruppe. Das sind diejenigen, die in der Situation aufstehen und den Mund aufmachen („Voice-Option“). Das sind die „Burning Persons“, die es braucht, damit es zu Erneuerungen kommt.

Das sind z. B. diejenigen, die sich dazu aufraffen, aus ihrer Kirchengemeinde eine „Caring Community“ zu machen, die sich um die Menschen im Stadtteil oder Dorf kümmert. Es sind diejenigen, die versuchen, ihre Kirchengemeinde auf ein bestimmtes Profil auszurichten, damit das Christliche wieder unterscheidbarer wird. Es sind diejenigen, die nicht nur ihre Arbeit auf die Befriedigung von Bedürfnissen ausrichten wollen, sondern davon ausgehen, dass das Evangelium diese Nachfrage erst weckt und sich die wahren Bedürfnisse der Menschen in der Begegnung mit ihm herausbilden.

Ist dies der Weg zur Sozialreligion? Eines ist deutlich: Wo immer sich die Kirche den Menschen gegenüber öffnet, gewinnt sie an Resonanz.

Interesse 02_2017.indd 6 03.05.2017 16:14:42

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - intere
e - int

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

H.-J. Frisch: Der Koran für Christen. Gemeinsamkeiten entdecken. Verlag Herder, Freiburg i. Breisgau 2016, 255 Seiten. € 19,99

Der Islam gehört zu unserer Wirklichkeit, er ist nicht mehr zu übersehen und das verursacht in unserer Gesellschaft Angst und Unsicherheit. Großteils beruht diese Angst auf der Unkenntnis der islamischen Religion („gewaltbereit, veraltet, antifeministisch" usw.).

Der eigene christliche Standpunkt ist Ausgangspunkt für den Autor. Weiters folgen Informationen über die Entstehung und die Einteilung des Koran sowie seine Auslegung und die Bedeutung der einzelnen Themen im Koran und in der islamischen Religion. Die wichtigsten koranischen Verse und Suren sowie ihre Erklärung sind ebenfalls angeführt. Zum Abschluss wird der Kontext der Heiligen Bücher (hebräische Bibel der Juden, das christliche Neue Testament und der Koran) betrachtet. Für den Dialog der Religionen und für die Kenntnis über unsere muslimische Bevölkerung ein äußerst wertvolles und wichtiges Buch.

T. Roithner: Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union. Verlag myMorawa, Wien 2017, 130 Seiten. € 12,99

Militärisches Denken gewinnt seit der Wahl Donald Trumps in den USA zunehmend an Bedeutung. Dies kann man auch in Österreich feststellen, wo die Ausgaben für das Bundesheer und die militärische Sicherheit steigen. Auch der Ruf nach einer Euro-Armee wird wieder lauter.

Dem stellt der Autor seine Überlegungen gegenüber, die er bereits in journalistischen Beiträgen und Artikeln in renommierten Zeitungen und Zeitschriften publiziert hat. Er will Wege aufzeigen von einer Sicherheitslogik zu einer Friedenslogik in Europa. Seine gewichtige Frage lautet: Wie viel Militär verträgt eigentlich der Friede? Die Artikel sind in folgende Untergruppen gegliedert: Globale Unordnung, Europa – Macht – Frieden, Österreichs Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, Neutralitätsverständnisse und Krisenprävention. Gut zu lesende journalistische Beiträge zur aktuellen Sicherheitsdiskussion.

D. Eribon: Rückkehr nach Reims. edition suhrkamp, Berlin 2016, 238 Seiten. € 18,50

In diesem Buch verbindet der Autor autobiografisches, literarisches Schreiben mit soziologischer Reflexion. Ausgangspunkt der Betrachtungen bildet der Tod seines Vaters, der ihn wieder an seinen Geburtsort zurückführt. Beim Betrachten alter privater Fotoalben werden Erinnerungen an seine Geschichte und die seiner Familie wach. Sie sind der Ausgangspunkt für eine Analyse des sozialen und intellektuellen Lebens seit den fünfziger Jahren, aber auch noch der Jugendzeit seiner Eltern während des Zweiten Weltkrieges und danach. Der Autor entstammt ja dem Milieu der französischen Arbeiterschaft und widmet sich daher besonders der Entwicklung der Sozialdemokratie in Frankreich bis heute, wo er der Frage nachgeht, wieso ein großer Teil der französischen Arbeiterschaft zur Front National übergelaufen ist. Fragen, die auch auf Österreich und andere europäische Staaten zutreffen. Nicht zu Unrecht erregte das Buch internationales Aufsehen.

In eigener Sache

Dieser Ausgabe von INTERESSE liegt ein Zahlschein bei.
Wir ersuchen Sie um Einzahlung eines **Druckkostenbeitrages** von **7 Euro** für das Jahr 2017.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Glück dank Salatsprengung

Gestern übergab ich dem Altstoffsammelzentrum ein buntes Potpourri an Glumpert. Beim sachgemäßen Entsorgen der Jugendschätze stieß ich auf verbotene Substanzen. Und wurde sentimental – ein kostbares Gefühl in diesen vom Terror belasteten Zeiten! Es war just Sprengstoff, der mich an schöne Stunden erinnerte: eine halb volle Schachtel Schweizerkracher. Die Bombe des kleinen Mannes hat meine Kindheit um 23 Prozent lustiger gemacht. Damals, im vorhergehenden Jahrtausend, hat mein Vater alljährlich zu Silvester für die versammelte Siedlungsjugend allerlei törichte Sprengspiele zur Aufführung gebracht. Leuchtende Kinderaugen, als er Mutters Eisbergsalat in mundgerechte Teile zerfetzte. Fröhliches Lachen, als der gelbe OÖN-Postkasten explodierte. Glückliches Jauchzen, als die alten Farbeimer in die Luft döpperten. Begeisterter Applaus, als zwei Kracher in der Mülltonne den Hintern des darauf sitzenden Erziehungsberechtigten aushoben!

Meine Nostalgie reifte zur Erkenntnis. Ich glaube fest daran, dass wir den Kleinen Urvertrauen und Glück einflößen müssen. Wer in seiner Kindheit nicht ausreichend geliebt wurde, versucht später, die Aufmerksamkeit mit allen (Spreng-) Mitteln zu erlangen. Erlauben Sie mir die Koketterie, meine Geschwister, die Nachbarskinder und mich selbst als Gegenbeispiele anzuführen. Früh erkannten wir die pädagogische Mühewaltung des Vaters. Heute sind wir allesamt Friedensfürsten, extrem nur in unserer Abneigung gegenüber Extremismus! Deswegen möchte ich einen Vorschlag zur Weltverbesserung machen. Wer seine Nachfahren nicht zu depperten Glaubenskriegern erziehen möchte, achte auf ausreichend Zuneigung, Achtsamkeit und Wertschätzung – und sprenge zur Erbauung am Altjahrstag ein paar Salathäuptel.

Ihre Weinbergschnecke

Interesse 02_2017.indd 7 03.05.2017 16:14:43

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Klimacamp
Mi, 24. bis So, 28. Mai 2017
Workshops, Vorträge, Abschiedsfest 3. Piste Flughafen Schwechat
Ort: Enzersdorf an der Fischa bei Wien
Info und Anmeldung:
http://systemchange-not-climatechange.at/de/klimacamp

Der Nahostkonflikt und die Rolle der Europäischen Union
Fr, 26. Mai 2017, 19 Uhr
Vortragender: Salah Abdel Shafi, palästinensischer Botschafter in Österreich
Ort: Ev. Pfarrgemeinde Linz-Innere Stadt, Martin-Luther-Kirche

Sternwallfahrt von Ostermiething nach St. Radegund
Sa, 27. Mai 2017, 10 Uhr
Treffpunkt: in Ostermiething am Kirchenvorplatz. Informationen zu weiteren Routen der Sternwallfahrt unter:
www.kmb.or.at/site/oesterreichweite veranstal/sternwallfahrt

Monatstreff: „Dialog mit dem Islam"
Di, 30. Mai 2017, 18.30 Uhr
Referent: Dr. Stefan Schlager
Ort: URBI@ORBI,
Bethlehemstraße 1 a, 4020 Linz

Wie Neid entgegentreten? Sozialstammtisch
Do, 1. Juni 2017, 19 Uhr,
mit Martin Schenk, Sozialexperte sowie Stv. Direktor der Diakonie Österreich und Mitbegründer der „Armutskonferenz"
Ort: Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Lange Nacht der Kirchen, 9. Juni
www.langenachtderkirchen.at

Kultur-Sozial-Stammtisch & Sommerfest
Do, 22. Juni 2017, ab 18 Uhr,
mit Grillen und Veganen Speisen
19 Uhr: Hausbands, u. a. „Postpatroit" anschließend Betty Rossa & Kapelle. Rote Lieder gegen den grauen Alltag.
Ort: Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Gärten in der Wüste. Schöpfungsethik zwischen Wunsch und Wirklichkeit
19. Ökumenische Sommerakademie
Mi, 12. bis Fr, 14. Juli 2017
Ort: Stift Kremsmünster
Info/Anmeldung: ☎ (0732) 78 42 93, sommerakademie@ku-linz.at

Permakultur Design Zertifikatskurs
Fr, 21. Juli, 18 Uhr bis So, 30. Juli 2017, 10 Uhr
Ort: Weitensfeld 10, 9356 Liebenfels, Kärnten
460 Euro inkl. Verpflegung
Info/Anmeldung bis spätestens 30. Juni 2017: thomas_moritz@yahoo.com (mit CC: uredpk@gmail.com)
☎ (0677) 62 34 99 45 (Eva HEINZ)
(gültige Anmeldung NUR per E-Mail)

Permakultur in der Praxis
So, 30. Juli bis Do, 3. August 2017
Ort: Wernberg, Kärnten
220 Euro inkl. Verpflegung
Info/Anmeldung:thomas_moritz@yahoo.com, ☎ (0677) 62 34 99 45

Gewaltfreie Kommunikation Einführungsseminar
Fr, 15. bis Sa, 16. Sep. 2017
Referent:
Mag. Helmuth Wiesbauer-Katzlberger
Ort: Bildungszentrum St. Franziskus, Ried im Innkreis, Riedholzstraße 15 a
Info/Anmeldung: ☎ (07752) 802 92
franziskus@dioezese-linz.at,
www.franziskushaus.at

Internationales Jägerstätter-Gedenken in St. Radegund
www.jaegerstaetter.at

Dienstag, 8. August 2017: 18.00 Uhr, Abendgebet/Vesper in der Kirche St. Radegund, anschließend „Social Evening" (gemütlicher Austausch und Begegnung im Gasthaus Hofbauer)

Mittwoch, 9. August 2017: 9.30 Uhr, Vortrag im Pfarrheim Tarsdorf: „„Eine Wolke von Zeugen umgibt uns' (Hebr 12,1). Vielfalt und Bedeutung der MärtyrerInnen der NS-Zeit."
Referent: *Univ.-Prof. Dr. Józef Niewiadomski,* Universität Innsbruck
12.00 Uhr: Mittagessen
13.30 Uhr: Fußwallfahrt von Tarsdorf nach St. Radegund
16.00 Uhr: Andacht zur Todesstunde von Franz Jägerstätter in der Kirche St. Radegund, gestaltet von Pax Christi
19.30 Uhr: Eucharistiefeier mit Bischof Manfred Scheuer in der Kirche St. Radegund, anschließend Lichterprozession zur Jägerstätter-Grabstätte

Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Severin Renoldner,
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10 -32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, wwwdioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Katholische Kirche in Oberösterreich